

**Unterrichtung**  
(zu Drs. 16/4201 und 16/4568)

Der Präsident  
des Niedersächsischen Landtages  
– Landtagsverwaltung –

Hannover, den 22.03.2012

**Werra-Weserversalzung: Niedersachsen fordert Beteiligung**

Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/4201

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz - Drs. 16/4568

Der Landtag hat in seiner 133. Sitzung am 22.03.2012 folgende Entschließung angenommen:

**Werra-Weserversalzung: Gewässerschutz kennt keine Grenzen - Niedersachsen fordert Beteiligung**

Der Landtag stellt fest:

Am 20. Januar 2010 hat der Landtag in seiner 59. Sitzung folgende Entschließung (Drs. 16/2114) angenommen: „Schädliche Salzeinleitungen in Werra und Weser beenden - K+S Aktiengesellschaft muss ‚beste verfügbare Technik‘ umsetzen“. Entsprechend diesem Beschluss hat sich das Land Niedersachsen in die Beratungen des runden Tisches „Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“ eingebracht. Die Interessen Niedersachsens wurden allerdings nicht entsprechend berücksichtigt. Zudem wird Niedersachsen bei den Genehmigungsverfahren nicht beteiligt. Der Beschluss vom Januar 2010 in der Drucksache 16/2114, insbesondere in Hinsicht auf die Umsetzung des Standes der Technik, wird durch den Landtag bekräftigt.

Der Landtag fordert die Landesregierungen von Hessen und Thüringen auf, die Landesregierung von Niedersachsen zu beteiligen und alle einseitigen Maßnahmen zu Lasten der Unterlieger zu unterlassen.

Der Landtag bittet die Landesregierung:

- die Einflussmöglichkeiten Niedersachsens im europäischen Rechts- bzw. Gerichtssystem zu prüfen und gegebenenfalls zu nutzen, insbesondere im Hinblick auf die Prüfung, ob die Einbeziehung Niedersachsens bei den Genehmigungsverfahren berechtigt und möglich ist,
- sich für eine aktive Salzminierungsstrategie vor Ort einzusetzen und in diesem Sinne konstruktiv an dem neu eingeführten runden Tisch mitzuarbeiten,
- zu prüfen, welche konkreten Verpflichtungen sich durch die Verabschiedung der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) für alle Anlieger im Werra-Weser-Einzugsgebiet bis spätestens 2020 ergeben.

(Ausgegeben am 23.03.2012)